

## Der lange Weg zur Gleichberechtigung

Vor 90 Jahren: Novemberrevolution und Frauenwahlrecht

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

ein Titelthema für unsere Zeitschrift zu finden, stellt sich in letzter Zeit als äußerst einfach heraus: Passend zu unserer vierteljährlichen Erscheinungsweise produziert die Sozialdemokratie menschliche Dramen. Im Drei-Monats-Takt werden Parteivorsitzende abgesetzt, linke Ministerpräsidentinnen verhindert und Parteiausschlussverfahren initiiert.

Sich mit diesem Selbstzerfleischungstrieb zu beschäftigen hat jedoch mindestens zwei gravierende Nachteile: Erstens führt es zu schlechter Laune und zweitens weiß man nie, ob die jeweilige Auseinandersetzung noch aktuell ist, wenn der druck.punkt eure Briefkästen erreicht. So ging es uns in der letzten Ausgabe: Gerade noch sinniert man über die Auseinandersetzungen um Wolfgang

Clement, schon führen die Vorgänge am Schwilow-See zum fünften Parteivorsitzenden innerhalb von fünf Jahren.

Wenden wir uns daher stattdessen lieber einer Sache zu, die naturgemäß mehr Stabilität zu bieten hat: der Geschichte. In den Monaten um den Jahreswechsel gibt es genügend gute Anlässe, sich zu erinnern. Im November jährte sich zum 90. Mal jene Revolution, die zum Abdanken des Kaisers und zur Umwandlung Deutschlands in eine parlamentarisch-demokratische Republik führte. Eine Zeit, die unser Land verändert hat – aber ebenso eine Zeit mit Irrwegen, heftigsten inhaltlichen Auseinandersetzungen und einer inneren Zerrissenheit der Sozialdemokratie, die letztlich zur Spaltung geführt hat. Gleichsam eine Zeit, aus der man einiges lernen kann.

Eine der einschneidendsten Veränderungen beschloss der Rat der Volksbeauftragten, gewissermaßen die Regierung der Novemberrevolution, am 12. November 1918: Das Dreiklassenwahlrecht wurde abgeschafft, Frauen bekamen endlich das aktive und passive Wahlrecht. Männern und Frauen wurde die volle und gleichberechtigte Beteiligung am politischen Leben ermöglicht; eine der zentralen Forderungen, die die SPD seit 1891 in ihrem Parteiprogramm führte, war erfüllt.

Im Januar 1919 konnten dann bei den Wahlen zur Weimarer Nationalversammlung zum ersten Mal weibliche Abgeordnete gewählt werden. Unter den 431 Abgeordneten waren jedoch nur 41 Frauen; die SPD hatte bei 165

Mandaten nur 22 weibliche Abgeordnete in ihren Reihen – aber immerhin, ein Anfang war gemacht.

An diese Zeiten wollen wir im Januar erinnern und dabei auch den Blick nach vorne richten, denn insbesondere beim Blick auf den Arbeitsmarkt und in die Führungsgremien von Politik und Wirtschaft wird klar: Wir haben unser politisches Ziel der Gleichberechtigung noch lange nicht erreicht.



Jetzt aber stehen zum Jahresende hoffentlich erst einmal ruhigere Tage ins Haus. Im Namen des Vorstandes bedanke ich mich bei euch für eure Unterstützung und eure Mitarbeit in Ortsvereinen, Fraktionen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und überall dort, wo ihr für sozialdemokratische Ziele streitet.

Wir wünschen euch und euren Familien frohe Festtage und uns allen ein gutes und friedliches Jahr 2009.

Euer 



# Bildung steht an erster Stelle

## Kampagne „Eintrittskarte Zukunft“ gestartet

Liebe Genossinnen  
und Genossen,

Armut hat ein Kinder-  
gesicht – auch in Göttingen. Jedes fünfte Kind  
in unserer Stadt wächst  
in Armut auf. Oft leben  
diese Kinder in sozi-  
al schwierigen Wohn-  
quartieren, bleiben ohne  
gute Schulbildung und  
können nicht mithalten,  
wenn teure Lernmittel  
angeschafft werden müs-  
sen oder ihre Mitschüler



Stelle. Im Oktober ha-  
ben wir die Kampagne  
„Eintrittskarte Zukunft“  
([www.eintrittskarte-zukunft.de](http://www.eintrittskarte-zukunft.de))  
gestartet, die  
überall im Land zeigen  
soll, dass die SPD für  
gleiche Bildungschancen  
streitet. Bitte macht mit,  
nur gemeinsam können  
wir was bewegen.

Sonst wird es auch in  
Zukunft so bleiben, dass  
für Banken in Not sofort  
hunderte von Milliar-

den mobilisiert werden,  
Kinder in Not  
dagegen mit warmen Worten  
abgespeist werden. Noch  
nicht einmal auf die Be-  
zahlung des Schulmittagessens  
für arme Kinder konnten  
sich Bund und Länder auf  
dem Bildungsgipfel einigen  
– was für ein Armutszeugnis  
für die von Merkel  
ausgerufene Bildungsrepublik!

Dass es auch anders geht,  
zeigt die SPD im Rat der  
Stadt. Investitionen in  
Kinder standen hier schon  
immer an erster Stelle.  
Göttingen ist bundesweit  
Spitzenreiter bei Krippen-  
plätzen und im Kita-Angebot,  
die Mahlzeiten armer  
Kinder werden bezuschusst  
und die Stadt hilft beim  
Schulstart. Zukünftig will  
die Stadt für arme Kinder  
und Jugendliche auch den  
Beitrag für einen Sportverein  
zahlen. Denn für die SPD  
gilt: kein Kind darf  
ausgeschlossen werden.  
Vielleicht sollten Berlin  
und Hannover öfters mal  
nach Göttingen schauen:  
Auch bei uns leben arme  
Kinder, aber wir tun was  
dagegen!

Und diese werden ihnen  
von der CDU-Landesregierung  
verwehrt: Kürzungen bei  
der Sprachförderung,  
Abschaffung der Lernmittelfreiheit,  
zu große Klassen,  
zu wenig echte Ganztags-  
schulen und das Festhalten  
an einem gegliederten  
Schulsystem, das vielen  
Kindern durch frühes  
Sortieren die Zukunft  
verbaut. Jetzt plant die  
Landesregierung sogar  
einen Angriff auf die  
zweite Chance, denn das  
Nachholen des Haupt-  
schulabschlusses an den  
BBSen soll erschwert  
werden.  
Kein Wunder, dass in  
Niedersachsen zehntausende  
Schüler und Schülerinnen  
gegen diese Bildungspolitik  
auf die Strasse gegangen  
sind. Die Jugendlichen  
lassen sich große Klassen,  
zu wenig Lehrkräfte und  
die völlig unausge-  
gorenen Konzepte für das  
Abitur nach acht Jahren  
nicht mehr bieten. Sie  
fordern mehr Lehrer,  
mehr Gesamtschulen  
und die Abschaffung der  
Studiengebühren. Die  
SPD Landtagsfraktion  
wird diesen Protest auch  
weiter unterstützen. In  
dem von uns eingebrachten  
Haushalt 2009 stehen  
Investitionen in Bildung  
an erster

Stelle.

Jetzt steht erst mal  
Weihnachten vor der  
Tür und wir freuen uns  
alle auf ein paar ruhige  
Tage mit unseren  
Freunden und Angehörigen.  
Ich wünsche euch und  
euren Familien eine  
schöne Weihnachtszeit  
und ein friedliches Jahr  
2009.

Herzlichst!  
Eure

## „Arme Mütter - arme Kinder“

Podiumsdiskussion der  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
und der AsF, moderiert  
von Gabriele Andretta

Kinderarmut – dieses  
traurige Kapitel deutscher  
Sozialpolitik war am  
19.11. Thema in einer von  
der Göttinger ASF  
initiierten Veranstaltung  
im Nachbarschafts-  
zentrum Grone. Dagmar  
Schlapeit-Beck stellte  
zunächst den „Masterplan  
Kinderarmut“ für  
Göttingen vor, der belegt,  
dass das Armutsrisiko  
alleinerziehender Mütter  
besonders hoch ist.  
Bestätigt wurde das von  
Angelika Schunke,  
Familienanwältin in  
Braunschweig. Sie  
kritisiert besonders das  
neue Unterhaltsrecht,  
das Mütter zwingt,  
nach dem 3. Lebensjahr  
des Kindes eine Arbeit  
aufzunehmen – ohne  
gleichzeitig ausreichende  
Kinderbetreuung zu  
gewährleisten. Monika  
Placke, Geschäftsführerin  
des Vereins alleiner-  
ziehender Mütter und  
Väter Niedersachsen,  
fordert vor allem mehr  
Geld für die Betroffenen  
und Ganztags-  
schulen – denn nicht  
nur materielle Not  
bedrückt die Mütter,  
sondern auch die  
Verantwortung, die sie  
ganz allein tragen.  
Dazu kommt die  
Belastung, den Alltag  
ohne Partner organisieren  
zu müssen. In der  
spannenden Diskussion  
mit dem Publikum wurde  
vor allem auf die  
Notwendigkeit von  
professioneller Beratung  
und Unterstützung  
hingewiesen. Göttingen  
ist nicht nur Spitze in  
der Kinderbetreuung,  
sondern auch in  
Beratungsangeboten,  
die aber offenbar nicht  
allen bekannt sind.  
Auf die Schlussfrage  
von Gabriele Andretta,  
was aus Sicht der  
Expertinnen auf dem  
Podium am dringendsten  
politisch verändert werden  
muss, rangierte die  
Bildung ganz oben:  
Gut ausgestattete  
Ganztags-  
schulen, Lernmittelfreiheit  
und Krippenplätze für  
jedes Kind.

Wie groß das Interesse  
an dem Thema ist,  
zeigte der Besucher-  
andrang – nicht nur von  
Betroffenen, sondern  
vor allem auch von  
Verbänden und  
Initiativen, die mit der  
Situation Alleiner-  
ziehender konfrontiert  
sind.

Frauke Heiligenstadt, Schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag besuchte Göttingen

## Baustellen in der Bildungspolitik

Am 1. Oktober 2008 besuchte Frauke Heiligenstadt den SPD-Stadtverband Göttingen und diskutierte mit Gabriele Andretta und dem Arbeitskreis Schule die anstehenden Probleme.

In vielen Bereichen der Bildungspolitik will die SPD-Fraktion im Landtag andere Wege gehen als die regierende Koalition. Frauke nannte u.a. die folgenden „Baustellen“, an denen im Interesse der Kinder und Jugendlichen schnell entscheidende Verbesserungen stattfinden müssen:

- **frühkindliche Bildung:** Nur 6,9% der Niedersächsischen Kinder unter 3 Jahren haben einen Krippenplatz. Damit ist Niedersachsen Schlusslicht bei der Versorgung mit Krippenplätzen.

- **Grundschulen:** Die zurückgehenden Geburtenzahlen führen mancherorts dazu, dass Grundschulen kaum noch erhalten werden können. Bei den unumgänglichen Schulschließungen müssen die die Qualität des Unterrichts und die Wohnortnähe des Angebots beachtet werden.

- **Hauptschulen:** Landesweit besuchen noch 13% aller Schüler weiterführender Schulen die Hauptschulen. Frauke Heiligenstadt hob hervor, dass die Hauptschullehrerinnen und -lehrer unter

erschweren Bedingungen gute Arbeit leisten. Trotzdem führe kein Weg daran vorbei, die Hauptschule abzuschaffen.

- **Realschulen:** Die bildungspolitischen Fehlplanungen haben die Realschulen zu einer Auffangstation für an den Gymnasien gescheiterte Schülerinnen und Schüler gemacht; ihrerseits geben die Realschulen wiederum gescheiterte Schülerinnen und Schüler an die Hauptschulen ab.

- **Gymnasien:** „Die Klassen der Gymnasien sind mit 30, 32 und mehr Schülerinnen und Schülern rappeldicke voll“, so Frauke Heiligenstadt. „Turbo-Abitur und Ganztagsunterricht ohne entsprechende Einrichtungen vergrößern den Stress für unsere Kinder. Das können wir jeden Tag selbst beobachten und den Medien entnehmen.“

- **Gesamtschulen:** Es gibt in Niedersachsen gemessen an der Nachfrage viel zu wenig Gesamtschulen. Damit ignoriert die Landesregierung seit Jahren den Elternwillen. Auf den ersten Blick scheine



Frauke Heiligenstadt, Northeim

die Landesregierung nun Gesamtschulgründungen zuzulassen. Aber die im Schulgesetz vorgesehenen hohen Hürden durch die Elternbefragung bis zu den Kindergarteneltern würden die dringend notwendige Gründung neuer Gesamtschulen weiterhin verhindern, vermutete Frauke. „Hier ist die Gesamtschulinitiativen vor Ort tatkräftig unterstützen.“

Angesichts der Gemengelage im Sekundarbereich I erklärte Frauke, dass die SPD-Fraktion weiterhin für die Gemeinsame Schule eintrete: „Gemeinsames Lernen bis Klasse 10 ist die beste Lösung.“

Für einen Teil der entstehenden Kosten hat Frauke eine einleuchtende Lösung parat. „Die demografische Rendite muss im Bildungswesen bleiben! Die Gelder, die eingespart werden, weil weniger Kinder und Jugendliche die Schulen und anderen Einrichtungen besuchen, dürfen nicht aus dem Bildungssystem genommen werden, sondern sie sollen zur Optimierung des Bildungsangebots genutzt werden!“ *Renate Krenz*

## IGS nur als Halbtagschule?

Wie die SPD-Kreistagsfraktion aus gut unterrichteten Kreisen des Kultusministerium erfahren hat, plant die CDU/FDP-Landesregierung, die neuen Gesamtschulen nur als Halbtagschulen zu genehmigen. Mit dieser Botschaft wurde der SPD-Kreistagsfraktionsvorsitzende Jörg Wieland konfrontiert und ist entsetzt.

Nach Aussagen eines Ministeriumssprechers sei davon auszugehen, dass die CDU-Kultusministerin Heister-

Neumann neue Gesamtschulen nicht als Ganztagschulen genehmigen werde, erläuterte Wieland. „Wir werden diesem Vorhaben eine klare Absage erteilen“, so Wieland weiter. Um die pädagogischen Konzepte von Gesamtschulen umsetzen zu können, sei ein verbindlicher Nachmittagsunterricht zwingend erforderlich.

Eine Zwei-Klassen-Gesellschaft unter Gesamtschulen dürfe es nicht geben. So sollen die Gesamtschulen in

Niedersachsen auf den letzten Metern doch noch verhindert werden. „Das ist genau so, als würde man bei einem Auto die Räder abbauen und fröhlich ‚Gute Fahrt‘ wünschen“, beklagt der Göttinger SPD-Fraktionschef diese Absicht der Landesregierung. Die SPD-Landtagsabgeordneten Dr. Gabriele Andretta und Ronald Schminke werden die Absicht der Landesregierung, Gesamtschulen nur als Halbtagschulen zu genehmigen, zum Thema im Landtag machen.

# Unanständige Leiharbeit endlich verhindern

## Aus dem Niedersächsischen Landtag

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Leiharbeitsbranche in Deutschland boomt: Im vergangenen Jahr arbeiteten mit 731.000 doppelt so viele Menschen in Leiharbeitsverhältnissen wie noch 2003. Für das kommende Jahr prognostiziert die IG Metall das Durchbrechen der Millionengrenze. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung dient Leiharbeit längst nicht mehr nur zur Abfederung von Auftragsspitzen. Es gibt sogar Unternehmen, die nur noch 40 Prozent eigene Belegschaft einsetzen und 60 Prozent Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter. Es darf aber nicht Sinn der Leiharbeit sein, reguläre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen.

Außerdem genießt die ‚geliehene‘ Belegschaft bei weitem nicht die gleichen Rechte wie die regulär Beschäftigten. Vor allem beim Lohn ergeben sich selbst bei gleicher Qualifizierung große Unterschiede.

In der Oktober-Sitzung des Niedersächsischen Landtages habe ich für die SPD-Fraktion deshalb beantragt, die Rechte von Leiharbeitnehmern zu stärken. Wir wollen klare Regeln, wir wollen Fairness und gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Leider hat un-

anständige Leiharbeit in Deutschland dramatisch zugenommen. Bereits heute arbeiten 2,4% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in Leiharbeitsverhältnissen – es ist daher längst überfällig, deren Arbeits- und Entlohnungsbedingungen spürbar zu verbessern.

Die SPD-Fraktion lehnt Leiharbeit jedoch nicht grundsätzlich ab. Denn sie ermöglicht es den Betrieben flexibel zu sein, sie ist ein wichtiges Instrument, um auf veränderte Markt- und Absatzbedingungen reagieren zu können. Leiharbeit darf aber nicht missbraucht werden, um reguläre Beschäftigungsverhältnisse abzubauen und Löhne zu drücken.

Wir müssen einschreiten, weil es jetzt höchste Zeit ist, die Reißleine zu ziehen, denn immer öfter werden gut bezahlte Arbeitsplätze in schlecht bezahlte Arbeitsplätze umgewandelt. Weniger Schutz, weniger Lohn, weniger Urlaub, kein Weihnachtsgeld, keine Fort- und Weiterbildung, schlechtere Arbeitsbedingungen und am Ende des Arbeitslebens auch noch weniger Rente, das ist

die Realität, mit der Leiharbeitnehmer zu kämpfen haben.

Wir fordern daher die Landesregierung auf, den Beschäftigten der Leiharbeitsbranche den Rücken zu stärken. Durch eine Bundesratsinitiative soll sie darauf hinwirken, dass insbesondere grundsätzlich vom ersten Tag an im Entleihbetrieb für Leiharbeitnehmer dieselben Arbeitsbedingungen gelten und dasselbe Entgelt gezahlt werden. Leiharbeit darf nicht dazu führen, dass Stammebelegschaften abgebaut und künftig Beschäftigte in zwei „Klassen“ unterteilt werden.



Unser Antrag wurde in den Wirtschaftsausschuss des Landtages verwiesen. Dort werden wir versuchen, unsere Forderungen durchzusetzen. Unter [www.gleichearbeit-gleichesgeld.de](http://www.gleichearbeit-gleichesgeld.de), eine Kampagnenseite der IG Metall, könnt ihr die Forderungen gegen den Missbrauch von Leiharbeit unterstützen.

Mit sozialdemokratischen Grüßen  
Ronald Schminke

Talk-Runde

## Fairer Handel mit Entwicklungsländern.

Können wir uns das leisten?

Fairer Handel - auch als Fairtrade bezeichnet - boomt. Nie war die Nachfrage nach fair gehandelten Produkten größer. Rund 78 Mio. Euro gaben die Verbraucher in Deutschland dafür allein in diesem Jahr bislang aus. Davon profitieren vor allem die Produzenten in den so ge-

nannten Entwicklungsländern. Sie stellen die Waren unter menschenwürdigen Bedingungen her und erhalten einen fairen Preis.

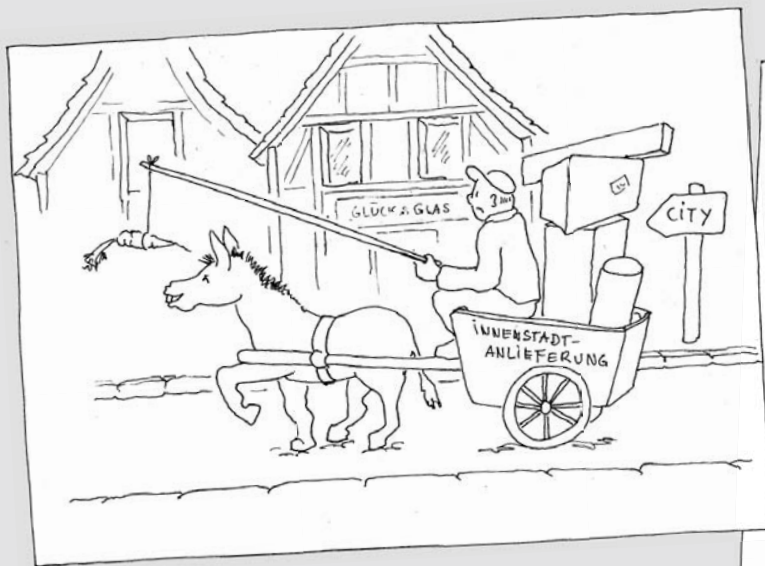
Wie steht die deutsche und europäische Politik zum fairen Handel? Kann der faire Handel ein Instrument sein,

die Globalisierung gerecht zu gestalten? Können wir uns fair gehandelte Produkte überhaupt leisten, oder kosten sie unseren Wohlstand? Verträgt sich der faire Handel mit der Vorstellung freier Märkte ohne Schranken?

Darüber diskutieren mit Euch die Bundesministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wieczorek-Zeul, die Europaabgeordnete und Handelsexpertin Erika Mann, der Geschäftsführer von CON-TIGO Ingo Herbst und der Professor für Entwicklungsökonomie Stephan Klasen.

Freitag, 05. Dezember 2008  
18.00 Uhr, Einlass ab 17.00 Uhr  
Mensa am Turm

Falls die Grünen und die CDU sich mit ihrer Forderung nach einer autofreien Umweltzone in Göttingen durchsetzen, hier schon mal ein Blick in die Zukunft:



Die Geschäftsleute in der Innenstadt haben bereits eine Lösung.

Zeichnungen: Petra Rudolphi-Korte



Auch die Polizei arbeitet an Alternativen.

## Jusos machen Basketball-Nachmittag

Geschäftsführer und Namenssponsor der Basketballerinnen zu Gast im Parteihaus

Seit dem Beschluss der Jusos Göttingen von Januar 2008, im Sinne der Gleichberechtigung alles dafür zu tun, dass auch in Zukunft erstklassiger Damenbasketball vor Ort gespielt wird, hat sich eine Menge getan. Der Verein BG 74, der seit 2003 ehrenamtlich den Damenbasketball stemmt und 2007 mit der Herrenmannschaft in die 1. Liga nachgezogen war, musste dem Erfolg Tribut zollen: Aus der Profisparte des Vereins wurde eine GmbH, die Starting Five. Seit 2007 kümmert sie sich um den Spielbetrieb.

Ein Millionenetat musste nachgewiesen werden, um die lang ersehnte Lizenz für die Herren zu erhalten. Gleichzeitig verschob sich das Augenmerk von ZuschauerInnen, Sponsoren und ehrenamtlichen HelferInnen in den Herrenbereich. Die Rettungsbemühungen für die Damen begannen im Frühjahr 2008; Wolfgang Meyer und die SPD-Ratsfraktion schalteten sich über die Politik eben-

so ein wie viele SPD-Mitglieder durch den frühzeitigen Kauf von Dauerkarten. Auch Erika Mann hörte von den Aktionen und organisierte finanzielle Unterstützung, weitere Euros wurde am Rande einer SPD-Weinprobe eingesammelt. Im Sommer dann der Riesenerfolg: 200.000 EUR waren zusammen gekommen.

Hauptgrund dafür ist der Einstieg neuer Sponsoren, allen voran der Trinos Vakuum Systeme GmbH Göttingen als Namenssponsor. Trinos stellt mit mittlerweile 150 MitarbeiterInnen vor Ort Produkte her, die man nicht im Laden kaufen kann und die daher nicht nur in Göttingen weitgehend unbekannt sind. Das sollte sich ändern, erläuterte Trinos-Geschäftsführer Marcus Weinhagen am vergangenen Sonntag auf Einladung der Jusos. Der Einstieg sei dabei nicht so sehr eine gesellschaftspolitische Ent-

scheidung gewesen, so der ehemalige Juso-Unterbezirksvorsitzende aus Pinnberg. Vielmehr war und ist es eine langfristig angelegte betriebswirtschaftliche Erwägung, den Namen Trinos zu kommunizieren. Man wollte vor allem den Bekanntheitsgrad der Firma vor Ort erhöhen, was sofort spürbar gelang, wie Marcus Weinhagen feststellte: Auf Stellenanzeigen antwortete das Vielfache an BewerberInnen, die MitarbeiterInnen seien motiviert. Umso schöner für die Jusos, dass Sponsoring im Damenbereich nicht nur aus Wohltätigkeit, sondern auch betriebswirtschaftlich Sinn macht!

Der ebenfalls anwesende „Starting Five“-Geschäftsführer Marc Franz ließ die Jusos einen Einblick in die vielen Aufgaben im Hintergrund des Profisports gewähren. Auch er gab sich optimistisch, in den nächsten Jahren sowohl Damen- als auch Herren-Bundesligamannschaften in Göttingen präsentieren zu können.

## Oppermann wieder als Kandidat nominiert



Thomas Oppermann ist auch bei der Bundestagswahl im September 2009 der Direktkandidat der SPD im Wahlkreis 54.

Die Delegierten der Ortsvereine aus der Stadt und dem Landkreis Göttingen sowie dem Südharz stimmten mit großer Mehrheit für den 54jährigen Juristen, der dem Deutschen Bundestag seit Herbst 2005 angehört. Von 91 abgegebenen Stimmen entfielen 77 auf den Kandidaten, der zuvor von den Unterbezirksvorständen in Göttingen und Osterode einstimmig vorgeschlagen worden war.

Oppermann, zuvor Mitglied des Niedersächsischen Landtages und von 1998 bis 2003 Wissenschaftsminister des Landes, hatte den Bundestagswahlkreis bei seiner ersten Kandidatur auf Anhieb direkt gewonnen und übt seit November 2007 das Amt des ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion aus. Er freut sich jetzt auf die Auseinandersetzung mit den politischen Gegnern und die Möglichkeit, offensiv für sozialdemokratische Konzepte in der Öffentlichkeit zu werben.

Trotz seiner vielfältigen Verpflichtungen in Berlin verstand es Oppermann, sich umfassend um die Belange seines Wahlkreises zu kümmern.

Göttingers Oberbürgermeister Wolfgang Meyer betonte bei der Einbringung des Wahlvorschlages, Oppermann sei immer ein kompetenter, zuverlässiger und umsichtiger Ansprechpartner gewesen. Für die Universität Göttingen sei er „ein Segen“. Auch Bernhard Reuter, Landrat des Kreises Osterode am Harz, war voll des Lobes. Seit Oppermann in den Bundestag eingezogen ist, „ist bei der Ortsumfahrung Barbis der B 243 die notwendige Dynamik hinein gekommen“, sagte Reuter. So konnte vor wenigen Tagen mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee der erste Spatenstich für das „planerisch extrem schwierige Projekt“ zelebriert werden.


Oppermann selbst nannte drei Themenbereiche als seine persönlichen Schwerpunkte für die Wahl-Auseinandersetzung. Neben dem Ausbau von Bildung und Chancengleichheit seien dies der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien und die Beibehaltung des Atomausstiegs sowie der Abbau ungleicher Einkommensverhältnisse. „Wir können deshalb keine allgemeinen Steuersenkungen versprechen, sondern setzen auf sinkende Sozialabgaben“, erklärte Oppermann. Nur das käme den Beziehern kleinerer einkommen zu Gute. Mindestlöhne seinen auch im Interesse regionaler Betriebe, wie der SPD-Politiker feststellte. *gaf*

## Kreistag

### Mietgutachten

Im Sozialausschuss des Landkreises wurde das Gutachten zur Feststellung angemessener Unterkunftskosten vorgestellt. Aus diesem geht hervor, dass der LK Göttingen besonders bei größeren Wohnungen (ab 75 qm / 4 Personen) teilweise höhere Mietzahlungen anerkennt, als dies - laut Gutachten - angemessen wäre. So läge bspw. eine angemessene Miete einer Wohnung mit 75 qm in Rosdorf bei 474 Euro. Der LK erkennt jedoch 545 Euro als angemessen an. Auf Nachfrage des SPD-Kreistagsabgeordneten Gregor Motzer, ob es für Hilfeempfänger eine Bestandsgarantie gäbe, also die derzeitigen Mieten weiter anerkannt würden auch wenn sie über der Angemessenheitsgrenze des Gutachtens lägen, gab die Verwaltung keine klare Antwort. Es wurde lediglich erklärt, dass noch geprüft werde.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass alle bereits anerkannten Miethöhen weiterhin anerkannt werden. Niemand soll umziehen müssen, wenn die Miete höher ist, als das Gutachten für angemessen erkennt. Es kann nicht sein, dass wir jetzt eine große Umzugswelle im LK Göttingen hervorrufen. Den jetzigen Mietern muss Bestandsschutz garantiert werden.



*Wir wünschen  
Euch ein frohes  
Weihnachtsfest und  
ein erfolgreiches und  
friedliches neues Jahr!*

*Euer Stadtverband*

### IMPRESSUM

#### Herausgeber:

SPD-Stadtverbandsvorstand Göttingen  
Nikolaistr. 30, 37073 Göttingen  
druckpunkt@spd-goettingen.de

Redaktion: Gregor Motzer (gm) V.i.S.d.P.;  
Stefan Christmann (sc); Martin Bender (mb);  
Petra Rudolphi-Korte (prk)

Auflage: 1100 Exemplare